

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

September 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Judith Klara Weiss

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 07. bis zum 13. September 2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. EP beschließt am 16.09. über Kommissionspräsident Barroso

Die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments (Parlamentspräsident und Fraktionsvorsitzende) nahm am 10.10. die Wahl des neuen Kommissionspräsidenten auf die Tagesordnung des nächsten Plenums. Eine Mehrheit für Barroso ist noch nicht sicher, da ihn ein Teil der beiden konservativen Fraktionen und der Liberalen voraussichtlich nicht wählen wird. Denkbar ist, dass sich die Sozialdemokraten enthalten, da nur so ein geschlossenes Bild der Fraktion möglich erscheint. So neigt bei den Sozialdemokraten eine Minderheit, insbesondere aus Spanien und Portugal, zur Zustimmung für Barroso. Die Fraktion wird hierüber am 15.09. abstimmen. Ablehnende Voten werden von den Grünen, den extrem Linken und den extrem Rechten kommen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-60423-253-09-37-901-20090910IPR60422-10-09-2009-2009-false/default_de.htm (PM EP)

2. Deutscher Bundestag verabschiedet Lissabon-Begleitgesetze

Mit überwältigender Mehrheit (446 Ja, 46 Nein und 2 Enthaltungen) stimmten die Abgeordneten für die vom Bundesverfassungsgericht veranlassten Vorlagen. Nach der für den 18.09. erwarteten Zustimmung des Bundesrates könnte Bundespräsident Köhler die Ratifikationsurkunde zum Vertrag von Lissabon in Rom hinterlegen.

<http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/bundestag-ebnet-weg-ratifizierung-lissabon-vertrages/article-185257>

3. Recht auf Einsicht auch bei Verfahrensakten der Kommission

Im Verfahren der Technische Glaswerke Ilmenau GmbH (Thüringen/DE) gegen die EU-Kommission wegen Zugang zu Dokumenten, plädiert Generalanwältin Juliane Kokott für die Bestätigung des Urteils des Gerichts erster Instanz, das die Entscheidung der Kommission vom 28. Mai 2002 für nichtig erklärt hatte, mit der der Zugang zu Dokumenten verweigert wird, die die Verfahren zur Prüfung der der Technischen Glaswerke Ilmenau GmbH gewährten Beihilfen betreffen.

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Az. C-139/07 einfügen)

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Slowenien gibt Veto gegen EU-Beitritt von Kroatien auf

In einer Erklärung vom 11.09. kündigten die kroatische Premierministerin Jadranka Kosor und der slowenische Ministerpräsident Borut Pahor eine Wiederaufnahme der Gespräche zur Lösung

ihres Grenzkonflikts auf der Grundlage der Vermittlung der EU-Kommission an. Der Grenzstreit solle kein Hindernis für die EU-Beitrittsverhandlungen sein. Beide Länder wollen die schwedische Präsidentschaft bitten, so bald wie möglich eine Beitrittskonferenz zur Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen einzuberufen.

<http://www.euractiv.com/de/erweiterung/slowenien-stimmt-durchbruch-kroatiens-eu-gesprchen/article-185377>

b) Außenhandel

Vertrauen ist Schlüssel zu mehr Handel der EU mit China

Bei ihren Gesprächen in China rief Kommissarin Ashton beide Seiten zu mehr Vertrauen auf, um eine dauerhafte Wirtschaftspartnerschaft zu begründen. Derzeit betrage der Handel über 300 Mrd. EUR jährlich. Sie sprach sich auch für gemeinsame Bemühungen der EU und Chinas für einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde aus.

Bei ihrer Rede in Xiamen beklagte die Kommissarin die Investitionshindernisse und mangelnden Patentschutz in China, welche eine Erklärung dafür lieferten, dass die Investitionen der EU in China von 7.1 Mrd. EUR in 2007 auf 4.5 Mrd. EUR in 2008 zurückgegangen seien. Aber auch die chinesischen Investitionen in der EU seien 2008 gegenüber 2007 um 500 Mio. EUR zurückgegangen und gegenüber den 2.2 Mrd. EUR von 2006 nur noch unbedeutend. Schließlich plädierte die Kommissarin für einen offenen Handel. Auf weniger als 1% der Importe aus China würden Antidumpingzölle erhoben. China würde seinerseits auf Einfuhren aus der EU Antidumpingabgaben erheben. Die EU lehne Protektionismus entschieden ab. Von China werde insbesondere ein Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen bei erneuerbaren Energien erwartet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1281&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Gipfeltreffen EU-Südafrika am 11.09.

Themen dieses zweiten Gipfeltreffens der EU mit Südafrika waren der Klimawandel, die Finanzkrise und Sicherheitsfragen. Am Rande dieses Gipfels haben Entwicklungskommissar Karel de Gucht und der südafrikanische Minister Rob Davies einen von der EU beigesteuerten Fonds zur Schaffung von Arbeitsplätzen (Employment Creation Fund) mit 100 Mio. EUR errichtet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1302&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Simbabwe

Der EU-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe, Karel de Gucht, besucht im Rahmen einer Mission der EU-Troika unter der Leitung des schwedischen EU-Ratsvorsitzes am 12. und 13. 09. Simbabwe, um eine Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit anzubieten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1300&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

EU-Globalisierungsfonds hilft belgischen Textilarbeitern

Die Europäische Kommission hat zwei Anträgen Belgiens auf Hilfe aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) stattgegeben – den ersten seit Inkrafttreten der neuen EGF-Regeln. Mit dem EGF-Beitrag soll 2168 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Textilbranche bei der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt geholfen werden. Die Anträge – über insgesamt knapp 9,2 Mio. EUR – beziehen sich auf Arbeitskräfte, die von hauptsächlich kleineren Unternehmen in drei belgischen Provinzen, nämlich Limburg, Ostflandern und Westflandern, entlassen worden sind. Die Kommission wird nun dem Europäischen Parlament und dem Rat vorschlagen, die entsprechenden Haushaltsmittel zu mobilisieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1293&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

Gemeinsames Vorgehen gegen Grippepandemie (H1N1)

Die EU-Kommission will gemeinsam mit den Gesundheitsministern der G7-Länder sowie Mexikos das weitere Vorgehen gegen die Grippepandemie (H1N1) abstimmen. Dazu hat die EU-Kommission am 11.09. eine außerordentliche Ministertagung im Rahmen der globalen Initiative für Gesundheitssicherheit (GHSI) veranstaltet. Im Mittelpunkt stand, wie das Gesundheitswesen auf das Grippevirus des Typs A (H1N1) wirkungsvoll reagieren kann. Hintergrund ist das Risiko einer möglicherweise virulenteren Viruswelle in den kommenden Monaten. Die Pressemitteilung wird von der Website der Kommission zur Influenza A (H1N1) abrufbar sein:

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/com/Influenza/novelflu_de.htm

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8711_de.htm

c) Soziales

Deutschland muss Riester-Rente auch im Ausland gewähren

Wie von Generalanwalt Ján Mazák in seinen [Schlussanträgen](#) vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Riester-Zulage auch dann gewährt werden muss, wenn der Betroffene in Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtig ist. Der Ausschluss von Grenzgängern, die aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen am Wohnsitzstaat besteuert werden, ist daher nicht rechters. Außerdem muss das gebildete Kapital, anders als nach der geltenden Regelung, auch für den Erwerb von Wohneigentum außerhalb der Bundesrepublik eingesetzt werden können. Schließlich verstoße auch die Pflicht, die Zulage zurückzuzahlen, wenn der Betroffene den Status des unbeschränkt Steuerpflichtigen verliert, gegen das gemeinschaftsrechtliche Diskriminierungsverbot bzw. gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-269/07](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-269/07)

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei

a) Ernährung

1. Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie

Die meisten EU-Agrarminister billigten am 07.09. die Vorschläge der Hochrangigen Gruppe für die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie. Hierzu gehören die Unterstützung von KMUs, die Entwicklung neuer Verarbeitungstechniken, die Einrichtung eines Forums für die Beteiligten an der Nahrungsmittelkette, die Annahme eines EU-weiten Verhaltenskodex und die Ausbalancierung der Verhandlungsmacht in der Nahrungsmittelkette.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/109973.pdf

Council

Agriculture)

b) Landwirtschaft

1. Kommission lehnt weitere Hilfen für Milchbauern ab

Bei der Sitzung der Agrarminister am 07.09. konnte sich eine von Deutschland, Frankreich und Österreich angeführte Gruppe von sechs Ländern mit ihrer Forderung nach Suspendierung der ab 2010/2011 vorgesehenen Milchquotenerhöhung und nach strikterer Handhabung des Quotensystems nicht durchsetzen. Auch die von zehn weiteren Staaten unterstützten Forderungen dieser Gruppe nach Anhebung der Exportbeihilfen für Butter, Milchpulver und Käse sowie nach einer zeitweiligen Erhöhung des Interventionspreises und Beihilfen für die Verwendung von Magermilch und Milchpulver in der Tiernahrung sind von Kommissarin Fischer Boel abgelehnt worden. Denkbar seien aber neue Maßnahmen zur Kennzeichnung, zur Qualität oder zur Verkaufsförderung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/109973.pdf

Council

Agriculture)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st12/st12289.de09.pdf> (Mitteilung der Kommission)

2. Keine Sondermaßnahmen zur Stützung des Getreidemarkts

Die EU-Agrarminister befassten sich am 07.09. mit den von Polen, unterstützt von Österreich, Bulgarien, Estland, Griechenland, Slowakei und Finnland eingebrachten Vorschlägen für Interventionsmaßnahmen. Die Kommission sah jedoch keine Möglichkeit für die gezielte Unterstützung einzelner Mitgliedstaaten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/109973.pdf

Council

Agriculture)

3. Bessere Kontrolle des Transports lebender Tiere

Die EU-Agrarminister nahmen am 07.09. die Erklärungen der niederländischen Delegation, unterstützt von sieben weiteren Staaten (darunter Deutschland und Österreich) zur Kenntnis, wonach bessere Kontrollsysteme wie etwa eine Satellitenüberwachung eingeführt werden sollten. Kommissarin Androulla Vassiliou berichtete, dass ein Entwurf zur Änderung der Verordnung (EG) 1/2005 derzeit in der Interservice Konsultation sei und demnächst präsentiert werde.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/109973.pdf

Council

Agriculture)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st12/st12375.en09.pdf>

4. Griechenland dringt auf rasche Hilfen nach Waldbränden

Griechenland kündigte, unterstützt von Zypern, für Anfang Oktober Vorschläge für nationale und europäische Hilfsmaßnahmen zur Beseitigung der umfangreichen Schäden in Land- und Forstwirtschaft an. Spanien gab bekannt, dass unter seiner anstehenden Präsidentschaft die Prävention von Bränden behandelt werde.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/109973.pdf

Council

Agriculture)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st12/st12853.en09.pdf> (Vermerk Griechenland)

5. Ausschreibung für Informationsprojekte zur Agrarpolitik

Die EU-Kommission hat einen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen zur Kommunikation über die EU-Agrarpolitik gestartet. Für die bis zu 50% und in Ausnahmefällen bis zu 75% bezuschussten Projekte stehen 3.25 Mio. EUR zur Verfügung. Die Zuschüsse müssen zwischen 20.000 und 200.000 EUR liegen. Beteiligen können sich Bauernverbände, Verbraucherverbände, Umweltorganisationen, öffentliche Stellen der Mitgliedstaaten, Medien und Universitäten. Antragsfrist ist der 31.12.09.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:215:0003:0016:EN:PDF>

c) Fischerei

EU-Kommission unterstützt Handelsverbot für Roten Thun

Die Kommission sprach sich vorläufig für den Antrag von Monaco zur Aufnahme des Roten Thun in den Anhang 1 des Artenschutzabkommens (CITES) aus. Die Mitgliedstaaten werden hierzu am 21.09. konsultiert. Bei Zustandekommen eines positiven Beschlusses nach dem CITES-Abkommen im März 2010 käme es zu einem Verbot des internationalen Handels mit Rotem Thun aus dem Atlantik. Das endgültige Votum der EU hängt allerdings noch von einer wissenschaftlichen Untersuchung und von den Beschlüssen der Internationalen Kommission zum Schutz des Atlantischen Thuns (ICCAT) im November ab.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1294&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt, Steuern und Wettbewerbsrecht

1. Vollendung des Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA)

Die Kommission hat einen Fahrplan für 2009-2012 zur Vollendung des SEPA vorgelegt. Die EU, die nationalen Behörden, die Branche und die Nutzer sollen eine rasche Umstellung betreiben, um kostspieligen Parallelbetrieb zu vermeiden. Empfohlen wird die Festlegung eines Endtermins für die Umstellung. Die bisherige Umstellung auf SEPA-Standards verlaufe langsamer als geplant. So seien im Juli 2009, anderthalb Jahre nach ihrer Einführung, erst 4.4% aller Überweisungen nach SEPA-Standards abgewickelt worden. Vor der Einführung der SEPA-Lastschriften im November werde mit einer Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie, als Grundlage von SEPA, in allen Mitgliedstaaten außer Schweden gerechnet. Für SEPA-Kartenzahlungen würden derzeit Standards erarbeitet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1296&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Verbraucherrechte bei Internethandel mit Elektronik missachtet

Nach einer Untersuchung in allen EU-Mitgliedstaaten (außer der Slowakei) sowie in Norwegen und Island sind 55% aller Websites auf denen Digitalkameras, Handys, tragbare Musikgeräte,

DVD-Player, PCs und Konsolen für Computerspiele bestellt werden können, beanstandet worden. In Deutschland betraf dies 14 von 29 geprüften Websites. Nur in Österreich, Bulgarien und Slowenien gab es keine Beanstandungen. 66% der beanstandeten Websites machten falsche oder irreführende Angaben zu den Verbraucherrechten wie etwa dem Rücktrittsrecht. 45% der beanstandeten Websites gaben die Gesamtkosten, insbesondere die Versandkosten, nicht korrekt an. 33% erwähnten nicht die korrekten Kontaktdaten des Händlers. Die nationalen Verbraucherbehörden werden nunmehr auf Abhilfe drängen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1292&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Zusammenarbeit bei Abschlussprüfungen mit Kanada, Japan und Schweiz

Die EU-Kommission hat am 11.09. einen Entscheidungsentwurf vorgelegt, der die Angemessenheit der zuständigen Behörden von Kanada, Japan und der Schweiz im Sinne der Richtlinie über Abschlussprüfungen anerkennt und damit den Austausch von Arbeitspapieren zwischen den Mitgliedstaaten und diesen Ländern ermöglicht. Behörden eines Drittlandes gelten dann als angemessen, wenn sie die in Artikel 47 der Richtlinie über Abschlussprüfungen genannten Anforderungen erfüllen und insbesondere in der Lage sind, mit den Aufsichtsgremien der Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Gegenseitigkeit Kooperationsvereinbarungen über den Austausch von Unterlagen und über die Vertraulichkeit zu treffen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1304&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Steuern

Baskenland wegen Steuerbegünstigungen verurteilt

Das Gericht erster Instanz beim Europäischen Gerichtshof bestätigte die Entscheidung der Kommission, wonach die von den drei historischen baskischen Provinzen gewährten Steuervergünstigungen für Unternehmen eine verbotene Beihilfe sind.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-09/cp090073en.pdf> (PM EuGH)

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Az. T-227/01 einfügen)

c) Wettbewerbsrecht

1. Muttergesellschaften haften für Kartellvergehen ihrer Tochtergesellschaften

Wie von [Generalanwältin Juliane Kokott](#) in ihren Schlussanträgen vorgeschlagen, bestätigte der Europäische Gerichtshof das Urteil des [Gerichts erster Instanz](#) in der Rechtssache Akzo Nobel NV welches eine von der EU-Kommission gegen Akzo Nobel NV und mehrere Tochtergesellschaften verhängte Geldbuße in Höhe von 20.99 Mio. EUR bestätigt hat. Der Gerichtshof hielt daran fest, dass bei 100%iger Beteiligung der Muttergesellschaft an ihrer Tochtergesellschaft eine bestimmende Einflussnahme der Muttergesellschaft widerleglich vermutet werden darf.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> (Az. C-97/08 einfügen)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/385&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Clearstream (Deutsche Börse) wegen Marktmachtmissbrauch verurteilt

Das Gericht erster Instanz beim Europäischen Gerichtshof wies die Klage von Clearstream Banking AG (Frankfurt a.M.) und Clearstream International SA (Luxemburg) gegen die Entscheidung der Kommission zurück, wonach Clearstream ihre beherrschende Stellung auf dem Markt der Erbringung primärer Clearing- und Abrechnungsleistungen für in Deutschland emittierte Wertpapiere missbraucht hat. Clearstream ist eine Tochter der Deutsche Börse AG. Hintergrund sind die Weigerung von Clearstream, primäre Clearing- und Abrechnungsleistungen für die Euroclear Bank SA (Brüssel) rechtzeitig zu erbringen und die preisliche Diskriminierung von

Euroclear. Diese Mängel sind inzwischen abgestellt. Die Kommission sah von einem Bußgeld ab, bestand aber auf einem Urteil, um Klarheit über die Pflichten im Clearinggeschäft zu erhalten.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-09/cp090072de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=T-301/04> (Urteil)

3. Professor Damien Neven Chefökonom der Generaldirektion Wettbewerb

Die Europäische Kommission hat Professor Damien Neven für weitere drei Jahre zum Chefökonom der Generaldirektion Wettbewerb bestellt. Professor Neven habe seit Beginn seiner ersten Amtszeit vor drei Jahren ([IP/06/1050](#)) einen wertvollen Beitrag zur Arbeit der Kommission in den Bereichen Kartellrecht, Fusionskontrolle und Beihilfenkontrolle geleistet. Die Kommission beschloss ausnahmsweise, Damien Neven für weitere drei Jahre in seinem Amt zu bestätigen, um den reibungslosen Ablauf von Projekten mit einer Dauer von mehr als drei Jahren zu sichern und Kontinuitätsbrüche zu vermeiden, die sich angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besonders negativ auswirken könnten, zumal das Mandat des Chefökonom und das Mandat der Kommission ungefähr zur selben Zeit auslaufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1287&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Erster Finanzierungsentwurf der EU für Klimapolitik in Entwicklungsländern

Die EU-Kommission hat am 10.09. einen Entwurf zur Aufstockung der internationalen Finanzmittel vorgelegt, mit denen die Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels unterstützt werden sollen. Bis 2020 könnten den Entwicklungsländern zusätzliche jährliche Kosten von etwa 100 Mrd. EUR entstehen, die sie zum größten Teil selbst aufbringen müssten. Internationale öffentliche Finanzmittel könnten in Höhe von 22-50 Mrd. EUR pro Jahr erforderlich werden. Deshalb sollten sich die Industrie- und die Schwellenländer entsprechend ihrem Anteil am Emissionsaufkommen und ihrer Wirtschaftskraft an dieser öffentlichen Finanzierung beteiligen. Dies könnte für die EU bis 2020 eine Beitragsleistung von etwa 2-15 Mrd. EUR jährlich bedeuten, sofern in Kopenhagen eine ehrgeizige Vereinbarung erreicht wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1297&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Europäische Zentralbank bereitet Ausstieg aus Krisenmaßnahmen vor

Nach Einschätzung des EZB-Rats am 03.09. gibt es vermehrt Anzeichen für eine Konjunkturstabilisierung innerhalb und außerhalb des Eurogebiets. Sobald sich das gesamtwirtschaftliche Umfeld aufhelle werde der EZB-Rat die ergriffenen Maßnahmen zeitnah rückgängig machen und die bereitgestellte Liquidität abschöpfen. Die Regierungen müssten beim Abschluss ihrer Haushaltspläne für 2010 und ihrer mittelfristigen Finanzplanung realistische Ausstiegs- und Konsolidierungsstrategien für die Finanzpolitik, mit einer Reduzierung des strukturellen Defizits um deutlich mehr als 0.5%/BIP, verfolgen. Wichtig sei auch die Konsolidierung des Bankensektors. Darüber hinaus erfordere das durch die Finanzkrise beeinträchtigte Wachstumspotenzial Strukturreformen zur Förderung von Wettbewerb und Innovation.

http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2009/200909.mb_ezb.pdf

3. EZB-Präsident Trichet erläutert Ausstiegsstrategie der EZB

In einer Rede vor den EZB-Beobachtern in Frankfurt am 04.09. stellte der Präsident der Europäischen Zentralbank klar, dass die Zeit für einen Ausstieg noch nicht gekommen sei, aber auch dass die EZB Kriterien für die Rückkehr zu normalen Finanzierungsbedingungen habe. Die mengenmäßig unbeschränkte Liquidität zum Leitzins mit einjähriger Laufzeit sei zeitlich begrenzt,

ebenso wie die Bereitstellung von ausländischen Währungen (insbesondere USD). Der Ankauf von Pfandbriefen sei relativ bescheiden und negative Auswirkungen ließen sich durch monetäre Maßnahmen ausgleichen. Zwischen dem Abbau der unorthodoxen Maßnahmen und der Leitzinns politik gebe es keine festgelegte Sequenz. Entscheidend sei die Gewähr von Preisstabilität auf mittlere Sicht.

<http://www.ecb.int/press/key/date/2009/html/sp090904.en.html> (Rede Trichet)

4. Staatshilfe für Opel muss Beihilfe- und Binnenmarktregeln entsprechen

Die EU-Kommission unterstrich nach der Entscheidung zum Verkauf von General Motors Europe an das Konsortium von Magna, dass die staatliche Finanzhilfe voll und ganz mit den Beihilfe- und Binnenmarktregeln der EU übereinstimmen müsse. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bat Vizepräsident Günter Verheugen und Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes, die Situation zu beobachten und Information und Transparenz unter allen betroffenen EU-Mitgliedstaaten sicher zu stellen. Insbesondere dürften Staatsbeihilfen nicht an nicht-wirtschaftliche Bedingungen geknüpft werden, wie etwa den Ort der Investitionen und/oder die geografische Verteilung der Restrukturierungsmaßnahmen. Die Generaldirektion Wettbewerb sei bereits in engem Kontakt mit den deutschen Behörden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8715_de.htm

5. Leistungsbilanzdefizit der EU von 55.1 Mrd. EUR im 2. Quartal 2009

Nach ersten Schätzungen verzeichnete die **EU27** im zweiten Quartal 2009 ein Leistungsbilanzdefizit von 55,1 Mrd. Euro. Dem standen im zweiten Quartal 2008 ein Defizit von 73,2 Mrd. und im ersten Quartal 2009 ein Defizit von 58,2 Mrd. gegenüber. Im Dienstleistungsverkehr mit Drittländern verbuchte die EU27 im zweiten Quartal 2009 einen Überschuss von 19,4 Mrd. Euro. Im Vergleich dazu hatte der Überschuss im zweiten Quartal 2008 bei 21,3 Mrd. und im ersten Quartal 2009 bei 12,0 Mrd. gelegen. Die **Eurozone** verzeichnete im 2. Quartal 2009 ein Leistungsbilanzdefizit von 21.5 Mrd. EUR, bei einem Überschuss von 8.8 Mrd. EUR in der Dienstleistungsbilanz. Im 2. Quartal 2008 war ein Defizit von 31.1 Mrd. EUR, bei einem Überschuss in der Dienstleistungsbilanz von 13.1 Mrd. EUR zu verzeichnen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/128&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

Verhandlungen mit der Türkei über Beitritt zur Energiegemeinschaft

Am 09.09. traf eine türkische Delegation in Wien mit einem Verhandlungsteam der Europäischen Kommission unter der Leitung von Herrn Fabrizio Barbato, stellvertretender Generaldirektor für Energie, zu einer ersten Verhandlungsrunde über den Beitritt der Türkei zum Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft zusammen. „Die Türkei führt zur Zeit grundlegende Reformen durch, um das riesige Problem ihrer Energieversorgung anzugehen. Das Land ist gut aufgestellt und hat in der Energiegemeinschaft eine wichtige Rolle zu spielen. Ich hoffe, dass die Verhandlungen gut vorankommen und bereits in den kommenden Monaten abgeschlossen werden können“, sagte dazu Kommissar Piebalgs.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1299&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Finanzen

1. Staatsgarantien für NordLB verlängert

Die EU-Kommission stimmte einer Verlängerung der Garantien durch die deutschen Bundesländer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt um sechs Monate bis 15.02.2010 zu. Diese Maßnahmen sind am 22.12.08 als Rettungsbeihilfen genehmigt worden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/2056&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (PM vom 23.12.2008)

2. Haushaltsführung der Europäischen Zentralbank angemessen

In seinem Bericht für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 stellte der Europäische Rechnungshof fest, dass die Regeln und Verfahren der EZB für die Haushaltsführung insgesamt angemessen waren und dass ihre Anwendung im Allgemeinen zufriedenstellend war.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:210:0001:0008:DE:PDF>

3. Rat billigt Hilfen aus Solidaritätsfonds für Sturmschäden in Frankreich

Der Rat befürwortete den Vorschlag der Kommission für einen Beschluss des EP und des Rates über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union nach dem Sturm „Klaus“, der den Südwesten des Landes im Januar 2009 getroffen hat. Danach sollen 109.4 Mio. EUR zur Verfügung gestellt werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/109973.pdf

Agriculture)

Council

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st11/st11289.de09.pdf> (Vorschlag)

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

Keine Einschränkung der Anwaltswahl bei Rechtsschutzversicherungen

Wie von Generalanwältin Verica Trstenjak in ihren Schlussanträgen vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die in Österreich praktizierte Massenschadensklausel, wonach der Rechtsschutzversicherer sich in dem Fall, dass eine größere Anzahl von Versicherungsnehmern durch dasselbe Ereignis geschädigt ist, sich das Recht vorbehalten kann, selbst den Rechtsvertreter aller betroffenen Versicherungsnehmer auszuwählen, nicht mit dem Recht auf freie Anwaltswahl nach der [Rechtsschutzversicherungsrichtlinie](#) vereinbar ist.

http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/ (Az. C-199/08 einfügen)

b) Inneres

1. Nationales Monopol für Internet-Glücksspiele rechtens

Wie von [Generalanwalt Yves Bot](#) in seinen Schlussanträgen vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass ein nationales Internetwettmonopol mit dem Ziel der Bekämpfung von Betrug und anderen Straftaten gerechtfertigt werden kann. Glücksspiele über das Internet bergen nach Auffassung des Gerichts, verglichen mit den herkömmlichen Glücksspielmärkten, wegen des fehlenden unmittelbaren Kontaktes zwischen dem Verbraucher und dem Anbieter anders geartete und größere Gefahren in sich, dass die Verbraucher eventuell von den Anbietern betrogen werden. Im Ausgangsfall sind Bwin, ein privater Online-Spieleveranstalter mit Sitz in Gibraltar und die portugiesische Profifußbaliga wegen Verstoß gegen das portugiesische Wettmonopol verurteilt worden.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-09/cp090070de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-42/07> (Urteil)

2. Strafverfolgungsbehörden erhalten Zugriff auf EURODAC-Datenbank

Die Kommission hat am 10.09. ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das den Strafverfolgungsbehörden den Zugriff auf die EURODAC-Datenbank erlaubt, um Terrorismus und schwere Kriminalität, wie den Menschen- und Drogenhandel, zu bekämpfen. Die Maßnahmen berücksichtigen ferner die Vorschläge des Europäischen Parlaments und des Rates zur EURODAC-Verordnung, um die EURODAC-Datenbank effizienter zu nutzen. EURODAC enthält die Fingerabdrücke von Personen, die um internationalen Schutz nachgesucht haben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1295&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Kommission präsentiert alternative Messgrößen für BIP

Die in einer Mitteilung vorgeschlagenen Aktionen zielen darauf ab, die Messung des nationalen Fortschritts zu verbessern, indem die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), des derzeit noch gängigsten Maßstabs für die Wirtschaftstätigkeit, ergänzt wird. Als Teil der Bemühungen zur Umstellung auf eine CO₂-arme und ressourceneffiziente Wirtschaft wird die Kommission 2010 die Pilotversion eines umfassenden Umweltindex vorstellen. Künftig wird die umweltökonomische Gesamtrechnung vom Europäischen Statistischen System standardmäßig in die makroökonomische Statistik einbezogen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1286&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. EU-Strategie zum Schutz des Mittelmeerraums

Die EU-Kommission hat am 11.09. ihre Strategie zur Bewältigung der Herausforderungen im Mittelmeerraum vorgestellt. Der Wettbewerb um Meeresräume, Gefährdungen der Sicherheit auf See, die Schädigung der Umwelt und die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels unterstrichen die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der Meerespolitik in dieser Region, auch in Zusammenarbeit mit den Mittelmeerländern, die nicht EU-Mitglieder sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1305&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Verkehr

1. Luftverkehrspaket verabschiedet

Der Rat verabschiedete nach Einigung mit dem EP in erster Lesung die Verordnungen zur Verbesserung der Leistung und Nachhaltigkeit des europäischen Luftverkehrssystems sowie zur Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Flugsicherheitsagentur (EASA) auf Flugplätze, Flugverkehrsmanagement und Flugsicherungsdienste. Durch die Festsetzung von Fristen für die Einführung von Luftverkehrsblöcken soll das derzeit zersplitterte System der Flugverkehrskontrolle überwunden werden. Dies wird zu kürzeren Flugstrecken führen. Sicherheitsbestimmungen werden harmonisiert und Inspektionen standardisiert. Die beiden neuen Verordnungen sind wesentliche Bausteine des einheitlichen Europäischen Luftraums („Single Sky“).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st12/st12810.en09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st03/st03640.de09.pdf> (VO Luftverkehr)

2. Interoperabilität der Eisenbahn erfordert weitere Harmonisierung

In ihrem Bericht zur Umsetzung der Richtlinien über die Eisenbahnsicherheit und die Interoperabilität des Eisenbahnsystems erachtet die Kommission die Harmonisierung der technischen Anforderungen im Großen und Ganzen qualitativ als zufriedenstellend, hält die

Umsetzung der harmonisierten Vorschriften aber noch für zu langsam. Dies sei auch auf den langen Lebenszyklus von Teilen des Eisenbahnsystems, wie der Infrastruktur und des rollenden Materials, zurückzuführen. Die Kommission wolle daher ihre Bemühungen auf die Anwendung jener sogenannten technischen Spezifikationen für die Interoperabilität (TIS) konzentrieren, die kurz- bis mittelfristig spürbare Vorteile bringen, wie z. B. die Telematikanwendungen im Signalwesen sowie im Güter- und Personenverkehr.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1282&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Mobilfunkbetreiber verpflichten sich zur Einführung von eCall

Die europäische Mobilfunkindustrie hat am 09.09. ihre volle Unterstützung für das automatische Fahrzeug-Notrufsystem eCall zugesichert. Im Falle eines schweren Unfalls setzt eCall einen Anruf an die [einheitliche europäische Notrufnummer 112](#) ab und übermittelt die Standortdaten des Fahrzeugs an die nächstgelegene Einsatzzentrale. Dies geschieht automatisch, also auch dann, wenn die Fahrzeuginsassen nicht wissen, wo sie sich gerade befinden, oder nicht in der Lage sind, den Standort mitzuteilen. Die Einführung von eCall erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Behörden, Fahrzeugherstellern und Mobilfunkbetreibern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1290&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. EU drängt auf Senkung der Telekom-Zustellungsentgelte in Slowakei

In einem am 07.09. verschickten Schreiben bekräftigt die EU-Kommission ihre Forderung an den slowakischen Telekom-Regulierer, Telekomunikačný úrad Slovenskej republiky (TÚSR), die Mobilfunk-Zustellungsentgelte in der Slowakei auf ein wettbewerbsfreundlicheres Niveau zu senken. Nach dem Konzept der Kommission ([IP/09/710](#)) sind im Übrigen die Zustellungsentgelte in allen Mitgliedstaaten bis 31. 12.12. in einer Höhe festzusetzen, die den Kosten eines effizienten Betreibers entspricht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1277&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

X: Bildung, Forschung, Kultur

1. Schweiz in Programmen Jugend in Aktion und Lebenslanges Lernen

Die Kommission schlug am 08.09. dem Rat ein Abkommen vor, wonach die Schweiz Universitäten, Schulen, Studenten und anderen Jugendlichen eine Teilnahme an diesen Programmen, zu denen auch Erasmus gehört, ermöglichen kann. Die Schweiz wäre damit den EWR-Staaten (Island, Liechtenstein und Norwegen) gleichgestellt und könnte ab 2011, bei Leistung eines Beitrags von 50.1 Mio. EUR für 2011-2013, teilnehmen. http://ec.europa.eu/education/news/doc/com642_en.pdf

2. Forschungsausgaben in EU27 im Jahr 2007 unverändert bei 1,85% des BIP

Im Jahr 2007 gab die EU27 229 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung (FuE) aus. FuE Ausgaben ausgedrückt als Prozentsatz des BIP entsprachen 1,85% im Jahr 2007, unverändert gegenüber 2006. Deutschland (62 Mrd. EUR), Frankreich (39 Mrd.) und das Vereinigte Königreich (37 Mrd.) machten zusammen 60% der gesamten FuE-Ausgaben der EU27 im Jahr 2007 aus. Eurostat veröffentlicht die Ausgabe 2009 von „Science, technology and innovation in Europe“. Die höchste FuE-Intensität besteht in den nordischen Ländern, in Österreich und in Deutschland.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/127&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI: Sonstiges

1. Deutschland beim European Union Contest for Young Scientists

Vier Jugendliche aus **Hessen, Berlin und Bayern** vertreten Deutschland beim 21. European Union Contest for Young Scientists, der am 11.09. in Paris eröffnet worden ist. Am 15.09. werden die Sieger bekannt gegeben. Ihnen winken Preise im Gesamtwert von 28.500 Euro sowie Praktika und Forschungsreisen. Steffen Strobel (20) aus Seeshaupt in Bayern präsentiert sein spezielles Infrarotsystem für den Einsatz in der Medizin mit dem er im Mai 2009 den Preis der Bundeskanzlerin für die originellste Arbeit erringen konnte. Julian Petrasch (17) aus Berlin entwickelte eine innovative Software, mit der sich die Position von Asteroiden im Weltall genauer bestimmen lässt. Karen Wintersperger (19) und Lucas Rott (18) aus Kassel beschäftigten sich mit selbst hergestellten Nano-Goldpartikeln.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/8712_de.htm

2. Freiberufliche Übersetzer/Übersetzerinnen für EU-Texte gesucht

Die EU-Kommission sucht hoch qualifizierte, erfahrene und spezialisierte Übersetzungsdienstleister für Texte der Europäischen Union. Dabei geht es um die Übersetzung von Texten aus den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Statistik. Die Frist für die Einreichung der Angebote ist der 2. Oktober 2009.

http://ec.europa.eu/dgs/translation/workwithus/calls/open/econ09/index_de.htm